

Universitäts- und Hansestadt Greifswald
Kanzlei der Bürgerschaft

13.05.2013

Niederschrift des öffentlichen Teiles der 32. Sitzung

der Bürgerschaft der Hansestadt Greifswald vom Montag, 13. Mai 2013

Beginn : 18:00 Uhr
Ende : 20:48 Uhr
Ort: : Bürgerschaftssaal des Rathauses

Anwesend :

- Jost Aé
- Dr. Gerhard Bartels
- Ursula Behrendt
- Ulrike Berger
- Dr. Ullrich Bittner
- André Bleckmann
- Norbert Braun
- Ulf Burmeister
- Erich Cymek
- Dr. Frauke Fassbinder
- Dr. Stefan Fassbinder
- Yvonne Görs
- Professor Dr. Frank Hardtke
- Marion Heinrich
- Axel Hochschild
- Torsten Hoebel
- Wolfgang Jochens
- Prof. Dr. Wolfgang Joecks
- Dr. Jörn Kasbohm
- Dr. Andreas Kerath
- Christian Köhler
- Christian Kruse
- Carola Kühn
- Dr. Luer Kühne
- Marian Kummerow
- Anne Lembke
- Egbert Liskow
- Franz-Robert Liskow
- Dirk Littmann
- Dr. Thomas Meyer
- Peter Multhauf
- Thomas Mundt
- Christian Radicke
- Sebastian Ratjen
- Anja Reuhl
- Birgit Socher
- Ludwig Spring
- Dr. Rainer Steffens
- Mechthild Thonack
- Ingo Ziola

Entschuldigt :

- Jürgen Liedtke
- Wilfried Lüthen
- Dr. Harald Stegemann

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen
5. Bericht des Seniorenbeirates mit Aussprache
Herr Dr. Frisch
- 6. Diskussion von Beschlussvorlagen**
- 6.1. Umbesetzung in bürgerschaftlichen Gremien**
- 6.1.1. Besetzung für Nahverkehrsbeirat B602-32/13
Bürgerliste Greifswald
- 6.1.2. Benennung eines Mitgliedes und eines Stellvertreters in den Vorstand des Studentenwerks B603-32/13
Fraktionen SPD, Die Linke, B90/Grünen
- 6.1.3. Umbesetzung Ausschuss für Sport B604-32/13
FDP-Fraktion
- 6.1.4. Umbesetzung Aufsichtsrat der WVG mbH B605-32/13
FDP-Fraktion
- 6.1.5. Umbesetzung OTV Innenstadt B606-32/13
Die Linke
- 6.1.6. Umbesetzung im Aufsichtsrat der Stadtwerke Greifswald B607-32/13
Die Linke
- 6.1.7. Umbesetzung im Ausschuss für Jugend und Soziales B608-32/13
Die Linke
- 6.1.8. Nachbesetzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften B609-32/13
FDP-Fraktion
- 6.2. Änderung der Hauptsatzung**
- 6.2.1. Änderung der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
CDU-Fraktion
- 6.2.2. Änderung der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald
FDP-Fraktion
- 6.3. Änderung des Bürgerschaftsbeschlusses der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom 11.05.1999, B1068-52/99; hier: Zuständigkeit beim gemeindlichen Einvernehmen B610-32/13
CDU-Fraktion
- 6.4. Abfallbehälter Museumshafen
SPD-Fraktion
- 6.5. Annahme einer Spende der Soroptimisten für die Stadtbibliothek B611-32/13
Dez. III, Amt 41
- 6.6. Erledigung Prüfauftrag Umzugskostenbeihilfe
Dez. I , Amt 20
- 6.7. Verkauf der unbebauten Grundstücke im Quartier A 11 (Roßmühlenstraße/Kuhstraße/Hansering/Brüggstraße) B612-32/13
Dez. II , Amt 23
- 6.8. 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 42 - Schönwalde I/West -, Änderungsbeschluss B613-32/13
Dez. II, Amt 60
- 6.9. Bebauungsplan Nr. 62 -An den Wurthen-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (3. Durchgang) B614-32/13
Dez. II, Amt 60
- 6.10. Vorstellung der IT- und E-Government-Strategie der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für den Zeitraum von 2013 bis 2016.
Dez. I , Amt 10
- 6.11. Campingplatz Eldena B615-32/13
SPD-Fraktion

- 6.12. Appell an den Landtag wegen Änderung der Kommunalverfassung M-V wegen Rederecht der Gemeindevertreter in allen beratenden Ausschüssen der Gemeinde B616-32/13
CDU-Fraktion
7. Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt
8. Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft
9. Mitteilungen des Präsidenten
10. Bestätigung der Niederschrift vom 08.04.2013
11. Schluss der Sitzung

Zu TOP: 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellen der Beschlussfähigkeit

Der Präsident, Herr Liskow, eröffnet die 32. Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung fest. Mit 34 anwesenden Mitgliedern der Bürgerschaft ist diese beschlussfähig.

Der Oberbürgermeister, Herr Dr. König und seine beiden Stellvertreter Herr Hochheim und Herr Dembski sind anwesend.

Zu TOP: 2 Bestätigung der Tagesordnung

Der Präsident informiert, dass die beiden Vorlagen zur Änderung der Hauptsatzung TOP 6.2.1 und TOP 6.2.2 zurückgezogen wurden. Dafür hat die CDU-Fraktion einen Appell an den Landtag wegen einer Änderung der Kommunalverfassung M-V zum Rederecht der Gemeindevertreter in allen beratenden Ausschüssen der Gemeinde als Tischvorlage eingereicht, der als TOP 6.12 in die Tagesordnung aufgenommen wird und nach TOP 6.9 behandelt werden soll.

Die SPD-Fraktion hat eine Tischvorlage zum „Campingplatz Eldena“ eingereicht, der als TOP 6.11 in die Tagesordnung aufgenommen wird und auch nach TOP 6.9 behandelt werden soll.

Weitere Tischvorlagen werden wie folgt in die Tagesordnung aufgenommen:

TOP 6.1.3. Umbesetzung Ausschuss für Sport
FDP-Fraktion

TOP 6.1.4. Umbesetzung Aufsichtsrat der WVG mbH
FDP-Fraktion

TOP 6.1.5. Umbesetzung OTV Innenstadt
Die Linke

TOP 6.1.6. Umbesetzung im Aufsichtsrat der Stadtwerke Greifswald
Die Linke

TOP 6.1.7. Umbesetzung im Ausschuss für Jugend und Soziales
Die Linke

TOP 6.1.8. Nachbesetzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften
FDP-Fraktion

Da es keine weiteren Anträge zur Änderung der Tagesordnung gibt, stellt der Präsident die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen bestätigt

Der Präsident teilt mit, dass Frau Edda Krille das Mandat der Linksfraktion zurückgegeben hat. Das Nachfolgemandat tritt Frau Yvonne Görs an. Der Präsident verpflichtet Frau Görs per Handschlag zur gewissenhaften Arbeit als Mitglied der Bürgerschaft und zur Einhaltung der Kommunalverfassung, der Hauptsatzung sowie der Geschäftsordnung der Bürgerschaft.
Damit sind 36 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Zu TOP: 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner

Herr E. Eich, Bürgerinitiative „Hafen Ladebow“:

Herr Eich gibt eine Stellungnahme der Bürgerinitiative zur Giftmülllagerung im Hafen Ladebow ab. Die Bürgerinitiative hat eine Unterschriftensammlung durchgeführt. Er übergibt die 1.147 Unterschriften des Ortsteiles Wieck-Ladebow an das Präsidium. Die Bürger haben ihren Zorn bei der Unterschriftenaktion zum Verhalten der Stadtverwaltung zum Ausdruck gebracht. Die Bürgerinitiative und viele Bürger fordern die Verwaltung auf, sofort die Genehmigung zur Giftmülllagerung zurückzuziehen und das Verfahren zu stoppen. Sollte die Verwaltung dazu nicht bereit sein, kündigt Herr Eich die Mobilisierung der ganzen Stadt an. Er fordert weiterhin, das B-Plan-Verfahren Nr. 14 sofort zu stoppen.

Herr Senator Hochheim:

Der Senator meint, dass die Bürger weniger aufgebracht wären, wenn die Bürgerinitiative nicht eine derartige Panikmache betreiben würde. Anhand von Bildern präsentiert Herr Hochheim das sogenannte Giftmülllager. Es handelt sich hier um eine zeitlich befristete Zwischenlagerung bis 31.12.2015 von 35 Tonnen gefährlicher und 15 Tonnen nichtgefährlicher Stoffe. Der B-Plan Nr. 14 räumt die Möglichkeit ein, die geäußerten Bedenken aufzugreifen. Herr Hochheim bittet alle, im Gespräch zu bleiben.

Herr Dr. Heymel, Bürgerinitiative „Hafen Ladebow“:

Im Rahmen seiner Wortmeldung bringt Herr Dr. Heymel eine Tischvorlage ein. Diese Beschlussvorlage wird dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Herr Kaiser, Stadtbauamtsleiter:

Es gibt den Aufstellungsbeschluss für einen Gewerbehafen. Es wurde ein Interessenbekundungsverfahren durchgeführt, durch das sich kein Interessent gefunden hat. Im Rahmen des Auslegungsverfahrens können alle ihre Bedenken einreichen. Herr Kaiser warnt davor, jetzt wieder alles zurückzudrehen.

Zu TOP: 4 Beantwortung schriftlich gestellter Fragen der Fraktionen

- keine schriftlich gestellten Fragen

**Zu TOP: 5 Bericht des Seniorenbeirates mit Aussprache
Herr Dr. Frisch**

Der Vorsitzende des Seniorenbeirates, Herr Dr. Frisch gibt seinen Bericht. Dieser Bericht liegt in der Kanzlei der Bürgerschaft zur Einsichtnahme vor und wurde im Vorfeld allen Fraktionen zur Verfügung gestellt. Außerdem ist er als Anlage zur Bürgerschaftssitzung im Ratsinformationssystem hinterlegt.

Außerhalb des Berichtes regt Herr Dr. Frisch an, das Thema des Pflegestützpunktes wieder aufzugreifen. Diese Forderung hat der Landkreis Vorpommern-

Greifswald aufgenommen und zum 1. Juni diesen Jahres soll in Greifswald solch ein Pflegestützpunkt eröffnet werden. Träger werden der Landkreis und die Pflegekassen sein.

Im Anschluss dieser Berichterstattung schließt sich eine Aussprache an. Herr Multhaus, Herr Hochschild, Herr Hoebel, Herr Dr. Kühne, Herr Dr. Meyer und Herr Dr. Fassbinder sprechen Dank und Anerkennung für die geleistete Arbeit des Seniorenbeirates aus. Es werden Anregungen und Hinweise gegeben.

Zu TOP: 6 Diskussion von Beschlussvorlagen

Der Präsident stellt fest, dass 37 stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind.

Zu TOP: 6.1 Umbesetzung in bürgerschaftlichen Gremien

**Zu TOP: 6.1.1 Besetzung für Nahverkehrsbeirat
B602-32/13**

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

Als neues ordentliches Mitglied im Nahverkehrsbeirat wird für die Bürgerliste Greifswald Herr Ekkehard Brunstein ernannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

**Zu TOP: 6.1.2 Benennung eines Mitgliedes und eines Stellvertreters in den Vorstand des
Studentenwerks
B603-32/13**

Herr Dr. Kerath bringt die Beschlussvorlage ein und begründet sie. Die Bürgerschaft hat es bisher nicht geschafft, sich auf einen Vorschlag zu einigen, der durch das Studentenwerk gewählt werden muss.

Herr Hochschild bringt zum Ausdruck, dass dieser Vorgang seit über 20 Jahren einmalig ist. Mit einem rechtskräftigen mehrheitlichen Beschluss der Bürgerschaft wurden Franz-Robert Liskow als Vertreter und Franz Küntzel als Stellvertreter am 25. Juni 2012 vorgeschlagen. Ein später im Oktober 2012 eingereichter Vorschlag fand nicht die Mehrheit in der Bürgerschaft. Das bedeutet, dass heute ein drittes Mal dieses Thema behandelt wird. Herr Hochschild bittet die einbringenden Fraktionen, die Vorlage zurückzuziehen. Es kann doch nicht sein, dass so lange gewählt wird, bis den Gremien die zu wählenden Personen genehm sind.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, stellt der Präsident folgenden Beschluss zur Abstimmung:

1. Der Bürgerschaftsbeschluss B470-26/12 vom 25.06.2012 wird aufgehoben.
2. Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald schlägt Herrn Hinrich Rocke als neues Mitglied für den Vorstand des Studentenwerks und Herrn Philipp Klein als Stellvertreter vor.

Abstimmungsergebnis: bei 21 Ja-Stimmen, 14 Gegenstimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.1.3 Umbesetzung Ausschuss für Sport
B604-32/13

Die Bürgerschaft beschließt:

Als ordentliches Mitglied im Ausschuss für Sport wird Herr Christian Köhler anstelle von Herrn Sebastian Ratjen ernannt.

Herr Ratjen wird zum stellvertretenden Mitglied im Ausschuss für Sport ernannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.1.4 Umbesetzung Aufsichtsrat der WVG mbH
B605-32/13

Die Bürgerschaft beschließt:

Als Mitglied im Aufsichtsrat der WVG mbH wird Herr André Bleckmann anstelle von Herrn Sebastian Ratjen ernannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.1.5 Umbesetzung OTV Innenstadt
B606-32/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald möge beschließen:
Für Frau Edda Krille wird Herr André Berndt Mitglied in der Ortsteilvertretung Innenstadt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.1.6 Umbesetzung im Aufsichtsrat der Stadtwerke Greifswald
B607-32/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald möge beschließen:
Für Frau Edda Krille wird Dr. Harald Stegemann Mitglied im Aufsichtsrat der Stadtwerke Greifswald.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.1.7 Umbesetzung im Ausschuss für Jugend und Soziales
B608-32/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald möge beschließen:
Für Frau Edda Krille wird Olaf Klotsch Mitglied im Ausschuss für Jugend und Soziales.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.1.8 Nachbesetzung des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften
B609-32/13

Die Bürgerschaft beschließt:

Als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften wird zusätzlich Herr Dr. Jan Terock ernannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.2 Änderung der Hauptsatzung

Zu TOP: 6.2.1 Änderung der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

- zurückgezogen

Zu TOP: 6.2.2 Änderung der Hauptsatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald

- zurückgezogen

Zu TOP: 6.3 Änderung des Bürgerschaftsbeschlusses der Universitäts- und Hansestadt Greifswald vom 11.05.1999, B1068-52/99; hier: Zuständigkeit beim gemeindlichen Einvernehmen
B610-32/13

Herr Hochschild bringt für die CDU-Fraktion die aufgrund anderer Fraktionen gegebenen Hinweise nochmals geänderte Beschlussvorlage ein.

Im Rahmen der Diskussion stellt Frau Socher Nachfragen und hebt noch einmal hervor, dass die Wiecker und die Ladebower Bürger erwarten, dass die erteilte Genehmigung zurückgenommen wird. Inwieweit ist die Bürgerschaft in dieser Sache handlungsfähig?

Aufgrund der aufgeworfenen Fragen erläutert Herr Hochheim, dass die Bürger zwar erwarten, dass das gemeindliche Einvernehmen zurückgenommen wird. Das ist aber nicht möglich. Um eine solche Genehmigung zu verweigern, müssen bestimmte Gründe vorliegen. Für dieses Zwischenlager lagen diese Gründe nicht vor. Herr Hochheim zitiert aus der Rechtsprechung. Zuständig ist das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt und nicht die Stadtverwaltung.

Herr Dr. Kerath richtet einen Appell an die Bürgerschaft, diesen Beschluss zu fassen und zukünftig vorab jeweils die entsprechenden Gremien einzubeziehen.

Im Rahmen der weiteren Diskussion sprechen Herr Dr. Steffens, Herr Hoebel, Herr Dr. Bartels, Herr Dr. Bittner, Frau Socher, Herr Hochheim und der Vorsitzende der OTV Wieck-Ladebow, Herr Lieschefsky.

Am Ende der Diskussion fasst Herr Dr. Steffens zusammen, dass mit dieser vorgelegten Beschlussvorlage, der Beschluss von 1999 geändert, nicht aber aufgehoben werden soll.

Da es keine Anträge zur Änderung der Beschlussvorlage gibt, lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. In Fällen, in denen es aufgrund der Konzentrationswirkung des § 13 BImSchG um die Frage der Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens geht, weil dieses Einvernehmen der Gemeinde zu Genehmigungen und anderen die Anlagen betreffenden behördlichen Entscheidungen erforderlich ist, wird auf der Grundlage des § 22 Abs. 2 Satz 1 KV M-V die Entscheidung der Universitäts- und Hansestadt auf den Hauptausschuss der Bürgerschaft übertragen.
2. Der Hauptausschuss soll die Entscheidung erst nach Beratung und Beschlussempfehlung durch den zuständigen Fachausschuss (derzeit der Ausschuss für Bauwesen und Umwelt) und die zuständige Ortsteilvertretung des betroffenen Ortsteils treffen.

Abstimmungsergebnis: bei 37 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung beschlossen

Zu TOP: 6.4 Abfallbehälter Museumshafen

Herr Littmann bringt folgenden Beschlussantrag der SPD-Fraktion ein und begründet ihn: *Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister zu prüfen, wie das Problem der kurzzeitigen Abfalldeponierung am Museumshafen in den Sommermonaten gelöst werden kann.*

Für die Verwaltung erläutert Herr Hochheim, dass bereits Festlegungen getroffen wurden, dass von April bis Oktober jeden Jahres zeitlich befristet zwei zusätzliche Abfalltonnen im Museumshafen und in den Credner-Anlagen aufgestellt werden, deren Fassungsvermögen jeweils 120 l betragen soll. Die Reinigung der Container soll über den Bauhof erfolgen. Die Verwaltung wird überwachen, wie diese neue Regelung von den Menschen angenommen wird und ob sie dazu beiträgt, die derzeitige Situation zu verbessern.

Daraufhin zieht Herr Dr. Kerath die SPD-Vorlage zurück.

Frau Dr. Fassbinder regt an, ebenso eine Tonne für die Ascheentsorgung aufzustellen.

Zu TOP: 6.5 Annahme einer Spende der Soroptimisten für die Stadtbibliothek B611-32/13

Herr Hoebel erläutert, dass die Soroptimisten keine Sekte oder ähnliches ist, sondern eine Frauenorganisation, die sich für Menschenrechte u.a. einsetzt.

Der Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt die Annahme der Spende in Höhe von 1.000,00 € von den Soroptimisten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

Zu TOP: 6.6 Erledigung Prüfauftrag Umzugskostenbeihilfe

Auf Nachfrage von Herrn Multhauf wie es weitergeht, bemerkt Herr Liskow, dass alle Fraktionen im Rahmen der Haushaltsdiskussion darüber nachdenken sollten.

Herr Dr. Kerath kündigt an, dass die SPD-Fraktion in den nächsten Sitzungszyklus eine entsprechende Vorlage einbringen wird.

Zu TOP: 6.7 Verkauf der unbebauten Grundstücke im Quartier A 11 (Roßmühlenstraße/Kuhstraße/Hansering/Brüggstraße) B612-32/13

Im Rahmen der Diskussion stellt Herr Dr. Fassbinder Fragen und bittet die Bürgerschaft um Ablehnung des Beschlussantrages. Vor allem möchte er wissen, warum dieses Grundstück nicht ausgeschrieben wird.

Für die Verwaltung bezieht der Oberbürgermeister Stellung aufgrund der gestellten Fragen. Herr Dr. König erklärt, dass der Aufsichtsrat der WVG mbH dem Verkauf zugestimmt hat. Welche Netto-Kaltmieten aufgrund des Bauvorhabens realisiert werden, wird schriftlich beantwortet.

Frau Socher äußert, dass sie das Anliegen von Herrn Dr. Fassbinder nachvollziehen kann. Es wurde anfangs der 90-er Jahre ein städtebaulicher Wettbewerb durchgeführt. Leider hat sich aber in den letzten 20 Jahren niemand gefunden, der annähernd in der Lage war, etwas aus dem Wettbewerb umzusetzen. Frau Socher ist froh, dass die WVG mbH die Initiative ergriffen hat, um diesen baulichen Missstand zu beseitigen und im Innenstadtbereich neu baut.

Herr Dr. Fassbinder wiederholt seine Frage hinsichtlich der Ausschreibung zum Verkauf des Grundstücks.

Herr Hochschild gibt Herrn Dr. Fassbinder Recht, dass normalerweise ausgeschrieben werden muss. Zu bedenken ist aber, dass das Grundstück in diesem Fall einer 100%-igen Tochtergesellschaft gegeben wird. Hier macht die Ausschreibung keinen Sinn. Wer könnte sich besser um die Parksituation kümmern als die WVG mbH?

Da keine Anträge zur Änderung der Vorlage gestellt werden, lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt:

1. Der Bürgerschaftsbeschluss B 435-22/12 vom 20.02.2012 zur öffentlichen Ausschreibung der unter 2 genannten Grundstücke wird aufgehoben

2. Verkauf der unbebauten Grundstücke im Quartier A 11, Fläche zwischen Roßmühlenstraße/Kuhstraße/Hansering/Brüggstraße,

Gemarkung: Greifswald

Flur: 27

Flurstücke: 46, 47, 48, 54, 52/2, 53/4, 55/3, 56/5, 57/3, 51/2, 43, 44, 45, 49,
sowie Teilflächen der Flurstücke
35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42/2, 42/1, 50, 58/1

Größe: ca. 5.086 m²

zu einem vorläufigen Kaufpreis von 670.000,00 EUR

an die Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH, mit Sitz in 17491 Greifswald, Hans-Beimler-Straße 73.

3. Die Neubebauung hat in Abstimmung mit der Universitäts- und Hansestadt Greifswald zu erfolgen. Hinsichtlich der Fassadengestaltung ist die Gestaltungssatzung zu beachten. Das Bauvorhaben muss innerhalb von 2 Jahren nach Kaufvertragsabschluss entsprechend Bebauungskonzept begonnen und innerhalb von 5 Jahren nach Kaufvertragsabschluss beendet werden.

4. Sofern sich im Rahmen der Feinplanung ergeben sollte, dass Teilflächen des Kaufgegenstandes für die Herrichtung von öffentlichen Anlagen (z. B. Gehweg in der Kuhstraße) benötigt werden, sind diese im Eigentum der Stadt zu belassen.

Abstimmungsergebnis: bei 28 Ja-Stimmen, 5 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.8 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 42 - Schönwalde I/West -, Änderungsbeschluss
B613-32/13

Im Rahmen der Diskussion hinterfragt Herr Multhauf, ob es sinnvoll ist, dort Baracken für Gewerbe hinzustellen. Er regt an, mit den Gewerbetreibenden zu sprechen, ihnen etwas anderes anzubieten und das ganze Gebiet als Wohnungsbaugelände auszuweisen.

Ein weiteres Problem sieht er darin, dass die Zufahrt über dieses Gelände, der Straßenausbaubehälter unterliegt. Dabei erwähnt er das Problem der Mieter aus dem Karl-Liebke-Ring.

Daraufhin erläutert Herr Kaiser, dass der dort ansässige Gewerbetreibende Bestandschutz hat. Sollte er irgendwann mal weggehen, ist die Frage neu zu klären, was auf diesem Gelände passiert.

Die Nachfrage von Herrn Multhauf, dass die Mieter des Karl-Liebke-Ringes Beiträge entrichten müssen, wird schriftlich beantwortet.

Die Frage, ob der Bestandschutz nicht zeitlich limitiert ist, beantwortet Herr Kaiser. Es gibt keinen Grund, den Gewerbetreibenden zu drängen. Sie können ihr Gewerbe solange betreiben, wie sie möchten.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beschließt den Änderungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 42 – Schönwalde I/ West – wie folgt:

1. Der Bebauungsplan Nr. 42 – Schönwalde I/ West – soll gemäß § 2 Absatz 1 und § 1 Absatz 8 i. V. m. § 13a Absatz 1 Nr. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in dem gekennzeichneten Bereich (Abgrenzung gemäß Plan Anlage 1) im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung geändert werden.
Ziel ist eine geringfügige Änderung der festgesetzten Verkehrsflächen im Bebauungsplangebiet.
2. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 Absatz 1 und § 4 Absatz 1 BauGB wird gemäß § 13a Absatz 2 Nr. 1 i.V.m. § 13 Absatz 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.

3. Der Änderungsbeschluss ist gemäß § 2 Absatz 1 i.V.m. § 13a Absatz 3 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.

Abstimmungsergebnis: bei 29 Ja-Stimmen und 7 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.9 Bebauungsplan Nr. 62 -An den Wurthen-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (3. Durchgang)
B614-32/13

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald fasst den Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (3. Durchgang) zum Bebauungsplan Nr. 62 - An den Wurthen - wie folgt:

1. Der Entwurf (3. Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 62 - An den Wurthen - (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
2. Der Entwurf (3. Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 62 - An den Wurthen - (Anlage 1) sowie dessen Begründung mit Umweltbericht (Anlage 2) sind gemäß § 4a Abs. 3 BauGB öffentlich auszulegen. Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind gemäß § 4a Abs. 3 BauGB zu dem o.g. Entwurf einschließlich Begründung mit Umweltbericht zu beteiligen. Die öffentliche Auslegung des Entwurfs (3. Durchgang) des Bebauungsplans Nr. 62 - An den Wurthen - und dessen Begründung mit Umweltbericht sind ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: bei 35 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.11 Campingplatz Eldena
B615-32/13

Herr Dr. Kerath bringt die Tischvorlage der SPD-Fraktion ein und begründet sie.

Daraufhin erklärt Herr Senator Hochheim, dass der Beschluss, wenn er denn so beschlossen wird, durch den Oberbürgermeister beanstandet wird, weil es sich um einen übertragenen Wirkungskreis handelt, in dem der Oberbürgermeister als Untere Bauaufsichtsbehörde nach Landesbauordnung tätig ist. Derzeit prüft die Verwaltung die Rechtmäßigkeit der erteilten Baugenehmigung und nach der Prüfung wird die Verwaltung eine Entscheidung treffen. Die Bürgerschaft wird dann über die Entscheidung informiert.

Frau Socher unterstützt den Antrag der SPD-Fraktion.

Herr Hoebel spricht sich für die FDP-Fraktion gegen den Beschlussvorschlag aus und gibt Erläuterungen aus rechtlicher Sicht.

Der Oberbürgermeister unterstreicht noch einmal, dass er den Beschluss beanstanden müsste, wenn der Wortlaut so bleibt. Deshalb schlägt er vor, den Wortlaut des Beschlusstextes in einen Prüfauftrag zu ändern.

Im Rahmen der Diskussion äußert Herr Dr. Bittner sein Unverständnis zu dieser Entscheidung, weil dort eigentlich einmal ein B-Plan entstehen sollte.

Da Herr Ratjen durch sein Verhalten den ordnungsgemäßen Sitzungsablauf stört, bittet der Präsident Herrn Ratjen, die Ordnung des Hauses einzuhalten und er erteilt ihm um 19:55 Uhr einen Ordnungsruf.

Im Rahmen seiner Wortmeldung möchte Herr Dr. Bittner über den Investor informiert werden.

(Im Nachgang zur Sitzung haben die Mitglieder am 14.05.2013 per E-Mail eine entsprechende vertrauliche Information über den Investor vom Amt 23 erhalten.)

Im Namen der SPD-Fraktion teilt Herr Braun mit, dass die Fraktion an ihrem Beschlussvorschlag festhält und der Oberbürgermeister gebeten wird, den Sachverhalt prüfen zu lassen.

Auch Herr Multhauf bittet um die Information über den Investor.

Herr Spring bittet aufgrund der Anregung von Herrn Dr. Bittner darum, diese Thematik in der Ortsteilvertretung und im Bauausschuss zu besprechen.

Herr Hochheim gibt zu bedenken, noch einmal zu überlegen, was hier beschlossen werden soll.

Damit lässt der Präsident über folgenden Beschluss abstimmen:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald bittet den Oberbürgermeister betreffend des Bauvorhabens des Campingplatzes an der Wolgaster Landstrasse zu prüfen:

1. einen sofortigen Baustopp zu verhängen,
2. die erteilte rechtswidrige Baugenehmigung zurückzunehmen,
3. für die betreffende Fläche ein Bebauungsplanverfahren durchzuführen und
4. anschließend den Bauantrag für den Campingplatz neu zu bescheiden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.12 Appell an den Landtag wegen Änderung der Kommunalverfassung M-V wegen Rederecht der Gemeindevertreter in allen beratenden Ausschüssen der Gemeinde
B616-32/13

Die Einbringung der Tischvorlage erfolgt durch den Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Hochschild.

Da es keine Wortmeldungen gibt, stellt der Präsident folgenden Beschluss in ungeänderter Form zur Abstimmung:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt den Oberbürgermeister und/ oder den Bürgerschaftspräsidenten, sich mit der Bitte an die Präsidentin des Landtages des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu wenden, dass der Landtag bei einer anstehenden Änderung der Kommunalverfassung folgende Änderung des § 36 Abs. 6 Kommunalverfassung M-V (KV M-V) zu erwägen soll: § 36 Abs. 6 KV M-V, in welchem bisher geregelt ist: „Mitglieder der Gemeindevertretung haben das Recht, den Sitzungen der beratenden Ausschüsse beizuwohnen.“ Wird um einen Satz 2 wie folgt ergänzt:

„Den Gemeinden ist es freigestellt, den Mitgliedern der Gemeindevertre-

tung in der Hauptsatzung auch ein Rederecht in den Sitzungen der beratenden Ausschüsse einzuräumen.“

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und einigen Stimmenthaltungen beschlossen

Zu TOP: 6.10 Vorstellung der IT- und E-Government-Strategie der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für den Zeitraum von 2013 bis 2016.

Frau Demuth, Leiterin des Haupt- und Personalamtes, stellt das IT- und E-Government-Strategiekonzept der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für den Zeitraum von 2013 bis 2016 vor.

Die Mitglieder der Bürgerschaft nutzen die Gelegenheit Nachfragen zur Informationsvorlage zu stellen.

Herr Dr. Bittner regt unter anderem an, dieses Konzept ständig und intensiv fortzuschreiben.

Im Rahmen der Diskussion beantragt Herr Multhaus entsprechend Geschäftsordnung, diese Informationsvorlage in den Finanzausschuss zu verweisen, um dort die anstehenden Fragen zu beantworten.

Der Präsident stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: bei 5 Ja-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Grundsätzlich regt Herr Dr. Fassbinder bei Informationsvorlagen an, die Diskussion in den Fachausschüssen zu führen und die Vorlagen bereits vorab in der Beratungsfolge in den Fachausschüssen vorzusehen.

Zu TOP: 7 Mitteilungen des Oberbürgermeisters über Beschlüsse des Hauptausschusses und wichtige Angelegenheiten der Stadt

Der Oberbürgermeister informiert über Hauptausschussbeschlüsse und Termine sowie wichtige Ereignisse. Die Listen werden dem Protokoll als Anlage beigelegt.

weitere Informationen des Oberbürgermeisters:

- in Vorbereitung des Themas „60 Jahre Volksaufstand in der DDR“ wurden verschiedene mögliche Institutionen/Einrichtungen angeschrieben, um einen Referenten für die Veranstaltung am 17. Juni 2013 zugewinnen, leider ohne Ergebnis. Deshalb bittet der Oberbürgermeister die Fraktionen nochmals, aktiv zu werden.
- Am 23. Mai 2013, dem Tag des Grundgesetzes, werden in der Zeit von 11 bis 14 Uhr in der UHW dreizehn Stolpersteine neu verlegt.
- Sachstand ÖPNV
Der Landkreis akzeptiert inzwischen die Rechtsauffassung der UHW bezüglich des Übergangs des ÖPNV und ist bereit, 400 T€ an die Stadt zu entrichten.

Außerdem informiert der Oberbürgermeister, dass mit heutigem Posteingang die Genehmigung des Haushaltes 2013 vorliegt. Damit ist die vorläufige Haushaltsführung zu Ende. Für den nächsten Sitzungszyklus legt die Verwaltung aufgrund des Anratens des Innenministeriums eine entsprechende Beschlussvorlage zur

Haushaltssperre in Höhe von 350 T€ vor. Außerdem muss die Hansestadt Greifswald ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen.

Herr Dr. König informiert weiter, dass heute per Post der Zuwendungsbescheid über den grenzüberschreitenden Ausbau der wassertouristischen Infrastruktur in Höhe von 3,58 Mio. € eingegangen ist.

Der Oberbürgermeister berichtet weiter anhand von Bildern über den Besuch am 9. Mai in Osnabrück anlässlich des 25 jährigen Bestehens der Partnerschaft beider Städte. Der Besuch der Osnabrücker Delegation wird am 21. bis 23 Juni 2013 erwartet. Herr Dr. König bittet die Fraktionen, sich die genannten Tage freizuhalten.

Herr Hochheim gibt Informationen aus dem Dezernat II:

- Wiederherstellung der Befahrbarkeit der Anschlussbahn des Gleises nach Ladebow, die voraussichtlich Mitte Juni abgeschlossen wird
- Neuer Sachstand Philipp-Müller-Stadion
Der Verein, der ursprünglich an einem Kauf interessiert war, hat in seiner Mitgliederversammlung den Kauf abgelehnt.
- Fördervereinbarung zur Straße An den Gewächshäusern
Die Vereinbarung ist inzwischen unterschrieben, so dass die 200 T€ rechtlich gesichert sind.

Auf eine Nachfrage von Frau Socher nach Rangiermöglichkeiten erläutert Herr Hochheim, dass der Anschluss an die Hauptstrecke sichergestellt ist. Die Schwierigkeiten betreffen eher den Umschlag innerhalb des Hafensareals, weil es sich um eine eingleisige Strecke handelt.

Zu TOP: 8 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder der Bürgerschaft

Herr Radicke:

Herr Radicke bittet alle Fraktionen um Fairness im Umgang mit Tischvorlagen. Die Bürgerschaftsmitglieder arbeiten alle ehrenamtlich und es sollte möglich sein, dass alle Tischvorlagen, wenn es denn welche geben muss, Ausnahmen bleiben sollten und diese spätestens bis einen Tag vor der Sitzung in der Kanzlei der Bürgerschaft abzureichen, um sich ordentlich auf die anstehende Sitzungen vorbereiten zu können.

Herr Hochschild:

Herr Hochschild bittet darum, den Termin zum Verlegen weiterer Stolpersteine (11:00 bis 14:00 Uhr) zu überdenken, weil alle Bürgerschaftsmitglieder ehrenamtlich tätig und berufstätig sind.

Herr Multhauf:

Herr Multhauf hat vergeblich auf Mitteilungen von Herrn Dembski gewartet und bittet um Informationen zur KiTa-Problematik.

Wie ist der Stand der Privatisierung Greifswalder KiTas?

Wie hoch ist das Defizit wirklich? Auf der gemeinsamen Sitzung wären auf diese und ähnliche Fragen keine Antworten gegeben worden.

Herr Senator Dembski:

Der Senator teilt mit, dass die genannten Zahlen unterschiedlich sind, weil die Sicht auf die Zahlen eine unterschiedliche (Haushalt, Teilhaushalt, Produkt usw.) ist. Der Finanzausschuss hat beschlossen, dass auf jeder seiner Sitzungen eine Berichterstattung über die jeweilige Situation stattfinden soll. Es stimmt auch nicht immer alles, was in der Ostsee-Zeitung steht. So zum Beispiel, dass die

Fragen von Frau Socher nicht beantwortet worden seien. Die Antworten sind am 8. Mai per E-Mail an Frau Socher rausgegangen.

Für die Privatisierung kommunaler Kindertagesstätten hat sich nicht der Senator eingesetzt. Das waren andere, die sich dafür eingesetzt haben, dass Kindertagesstätten an private Träger vergeben werden sollen. Die Stadt kommt jetzt in Verhandlung mit dem Kreis. Die Gebühren 2013 werden konkret nach Kindertagesstätte neu berechnet.

Herr Dr. Fassbinder:

Herr Dr. Fassbinder informiert, dass am Ende der gemeinsamen Sondersitzung zwei Tabellen ausgereicht wurden. Diese bittet er, dem Protokoll der Sondersitzung als Anlage beizufügen.

Frau Socher:

Frau Socher informiert, dass sie am 9. Mai auf einer Dienstreise nach Osnabrück gewesen ist und ihre E-Mails erst am Wochenende gesehen hat, dass die Antworten von Herrn Dembski eingegangen waren.

Herr Multhauf:

Herr Multhauf stellt Nachfragen zu den zahlenmäßigen Informationen hinsichtlich des Defizits bei den Kindertagesstätten von Herrn Dembski.

Herr Liskow verweist auf die Diskussion, die im Finanzausschuss erfolgen soll.

Herr Dr. Bittner:

Herr Eich hat auf der letzten Sitzung für die Bürgerinitiative Fragen zum Gleis Hafen Ladebow gestellt. Er möchte wissen, ob die Beantwortung nachgereicht wird.

Herr Liskow informiert daraufhin, dass die Beantwortung direkt an Herrn Eich erfolgt ist. Er sagt zu, dass den Bürgerschaftsmitgliedern diese Antwort zugeleitet wird (erfolgte per E-Mail am 14.05.2013).

Zu TOP: 9 Mitteilungen des Präsidenten

Die genehmigte Hauptsatzung wird am 14.05.2013 veröffentlicht und ist damit ab 15.05.2013 in Kraft.

Zu TOP: 10 Bestätigung der Niederschrift vom 08.04.2013

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt

Zu TOP: 11 Schluss der Sitzung

20:48 Uhr

für das Protokoll

Egbert Liskow
Präsident

Schult
Sachbearbeiterin

Anlagen:

- Tischvorlage Doppelbeschluss zum B-Plan 14
- Informationen über Hauptausschussbeschlüsse
- Termine und wichtige Ereignisse